

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i. V. R. Eckart, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4935

Berlin, 21. Juli 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 29

Nach den Lausanner Verhandlungen

Das Ergebnis der Lausanner Verhandlungen ist in Deutschland mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen worden. In nationalistischen Kreisen werden die neuen Tributverpflichtungen nach außen hin abgelehnt. Wir haben bereits in der vorigen Nummer der „Einigkeit“ darauf hingewiesen, daß gerade diese Kreise die allerwenigste Ursache haben, diese neuen Verpflichtungen abzulehnen. Der Reichskanzler von Papen und der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk, die prominentesten Mitglieder der deutschen Verhandlungskommission, sind Nationalisten reinen Wassers. Und die übrigen Kabinettsmitglieder, die inzwischen das Ergebnis für gut befunden haben, gehören ebenfalls den rechtsstehenden Kreisen an. Selbst die Nationalsozialisten haben kein Recht auf die neuen Tributverpflichtungen zu schimpfen, denn unter Mitwirkung Hitlers ist das Kabinett der Barone entstanden. Er und seine Partei ist deshalb in jeder Hinsicht für die Taten der Regierung verantwortlich. Ihre künstlich entfachte Opposition gegen die Papen-Regierung und dem Lausanner Vertrag ist in Wirklichkeit auch gar nicht ernst gemeint. Es ist ein Wahlmanöver der übelsten Art und dient zu nichts anderem als der Erpressung. Man kann davon überzeugt sein, daß, wenn erst einmal die Wahlen vorbei sind und ihnen die Regierung weiterhin jeden Wunsch erfüllt, sie wieder ganz artig sind, so wie sie es bisher dem Kabinett gegenüber trotz der Hungernotverordnung waren. Es bleibt ihnen auch nichts anderes übrig, denn mit ihrer Hilfe muß das Abkommen von Lausanne ratifiziert werden. In den geheimen Abmachungen zwischen Papen und Hitler dürfte eine diesbezügliche Regelung bereits enthalten sein.

In Zentrumskreisen ist man der Auffassung, daß mit der Taktik Brüning's, der schon vor den Verhandlungen, gestützt auf das Baseler Sachverständigen Gutachten jede weitere Zahlungsverpflichtung abgelehnt hat, ein wesentlich besseres Ergebnis erzielt worden wäre. Diese Auffassung dürfte im allgemeinen die richtige sein, und mit Recht; denn Brüning hat sich in mühevollen Vorverhandlungen die Unterstützung Amerikas und Englands gesichert. Diese Tatsache wäre bei seiner geschickten und zielbewußten außenpolitischen Arbeit auf das Ergebnis bestimmt nicht ohne Einfluß geblieben.

Immerhin kann nicht abgestritten werden, daß der Lausanner Vertrag innerhalb der Geschichte der Reparationszahlungen einen gewissen Fortschritt darstellt. Man muß die phantastischen Summen in die Erinnerung zurückrufen, die, als der Krieg zu Ende war, von Deutschland gefordert wurden. Die Franzosen wollten anfänglich 7 Milliarden Mark jährlich von Deutschland haben. Der erste Zahlungsplan, den dann die Reparationskommission im Jahre 1921 festlegte, enthielt die ungeheuerliche Summe von 132 Milliarden Goldmark. Sie sollte jährlich mit 3 Milliarden Mark abgetragen werden. Es folgte dann der Dawes-Plan, in dem Jahreszahlungen von 2,5 Milliarden Mark bei einer Gesamtschuld von 55 Milliarden Mark festgelegt wurden. In dem dann folgenden Haager Abkommen (Young-Plan) wurden die Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf 35 Milliarden Mark reduziert.

Das Abkommen von Lausanne belastet Deutschland mit 3 Milliarden Mark. Diese sollen in Form von Schuldverschreibungen der Bank für internatio-

nen Zahlungsausgleich übergeben werden. Im Jahre 1935 wird diese Bank versuchen, diese Schuldverschreibungen auf dem internationalen Geldmarkt unterzubringen. Derjenige Teil dieser Wertpapiere, der innerhalb von 12 Jahren vom Geldmarkt nicht aufgenommen wird, verfällt. Es ist also endgültig erst in 15 Jahren festzustellen, wie hoch die Belastung aus dem Lausanner Abkommen in Wirklichkeit ist. Nicht vergessen werden darf allerdings, daß Deutschland neben diesen noch ungewissen Zahlungen auch

Die Frage ist, ob die deutsche Wirtschaft diesen Anforderungen auf die Dauer gewachsen ist. Die klare Antwort darauf kann nur lauten: Solange das politische Mißtrauen es verhindert, daß das vorhandene Kapital unausgenutzt liegen bleibt, solange die Zinssätze in der gegenwärtigen Höhe erhoben werden, solange die in allen Ländern errichteten Zollmauern aufrechterhalten und die Autarkiebestrebungen nicht in ihr Gegenteil verwandelt werden, solange wird es der deutschen Wirtschaft nur sehr schwer, wenn nicht völlig unmöglich sein, die Zahlungen für die politischen Schulden aufrecht zu erhalten.

Der internationalen wirtschaftlichen Verständigung darf deshalb jetzt nach Abschluß der Reparationsverhandlungen kein Hindernis mehr in den Weg gelegt werden. Nur durch gegenseitige Zusammenarbeit kann die Weltwirtschaftskrise überwunden werden. Es ist dies auch die Auffassung der Engländer, deren Ministerpräsident Macdonald am Schlusse seines Rechenschaftsberichtes über die Lausanner Verhandlungen vor dem Unterhaus erklärte: „Wir müssen danach streben, bestehende Schwierigkeiten durch gegenseitige Unterstützung zu beheben, indem die großen Nationen Europas immer mehr vom Geist des Völkerbundes durchdrungen werden, ohne zu versuchen, an einander mit Beschwerden heranzutreten, sondern sie vor den großen Rat derer zu bringen, die ihnen helfen werden und ihnen zu helfen wünschen. Das Werk, das in Lausanne nur begonnen wurde, hat neue Wege eröffnet, vielleicht sehr breite Wege.“

Die nächste Aufgabe muß also sein, die Zollmauern niederzureißen. Sie haben in keinem einzigen Fall dem Land geholfen, von dem sie errichtet wurden, sie waren vielmehr die Ursache weiteren Elends und weiterer Verarmung. Es kann nicht ausbleiben, daß, wenn ein Land auf den Waren sitzen bleibt, deren Ausfuhr notwendig ist um seine Wirtschaft zu beleben, es dann auch unmöglich ist, aus anderen Ländern dringend notwendige Rohstoffe zu beziehen. Deshalb öffnet die Grenzen! Fördert den gegenseitigen Warenaustausch! Nehmt den internationalen Geldverkehr die Hemmnisse, die ihm allseitig auferlegt wurden! Dieses sind die fundamentalen Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft.

Deutschland hat es notwendig, mit gutem Beispiel voranzugehen. Mit aller Entschiedenheit muß innerhalb unserer Grenzen dafür gewirkt werden, daß die unter dem Druck der Krise verhängnisvoll um sich greifenden Autarkiepläne jeglicher Art unwirksam bleiben. Soweit sie bereits zur Wirklichkeit geworden sind, ist es notwendig, sie wieder zu beseitigen. Es muß dies auch geschehen, wenn sich unsere Nationalsozialisten, die die Wirtschaftsfragen bekanntlich mit einem Dilettantismus sondergleichen behandeln, mit dem üblichen Tamtam dagegen wenden. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft kann nur nach internationalen Gesichtspunkten erfolgen. In diesem Sinne werden die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nach wie vor wirken, und wer will, daß dieser Wirtschaftsaufbau schnell und in ruhigen Bahnen vorgenommen wird, der wähle am 31. Juli die Liste 1 SPD.



noch andere Schulden zu begleichen hat. Sie sind in der nachstehenden Uebersicht enthalten. Es sind zu zahlen:

	Millionen Mk.
An Amerika für Entschädigung privater Kriegsbeschädigter jährlich bis 1931	40,8
An Amerika für Besatzungskosten jährlich bis 1966	25,—
An Belgien als Entschädigung entwerteter deutscher Marknoten jährlich bis 1966	26,—
Zinsen für die Dawes-Anleihe, jährlich bis 1949 (absinkend)	80,—
Zinsen für die Young-Anleihe, jährlich bis 1965 (absinkend)	90,—
Jährliche Gesamtbelastung zur Zeit für politische Schulden	261,8
Zinsen für private deutsche Schulden im Ausland zur Zeit jährlich	1400,—
Zusammen	1661,8

Die Amortisierung und Verzinsung dieser Schulden stellt ebenfalls noch außerordentlich hohe Anforderungen an die deutsche Wirtschaft.

HER ZU UNS!

Die Eiserne Front ruft: Volk, hab' acht!

Die rechtsstehende „Weser-Zeitung“ bringt folgenden Bericht über eine Versammlung des Nationalsozialisten Gottfried Feder in Bremen, in der er erklärte:

„Vielleicht kommt es gar nicht zur Reichstagswahl. Es fehlt nur noch ein Tröpfchen, und unsere Geduld ist zu Ende . . . Wenn aber das Morden unter den SA-Leuten so weitergeht, werden wir das Notrecht unserer Partei proklamieren und dafür sorgen, daß in längstens 14 Tagen die rote Bestie erledigt ist. Heute noch wird der SA-Mann aus der Partei ausgeschlossen, der eine Waffe bei sich trägt. Es kann dahin kommen, daß der ausgeschlossen wird, der mit der Waffe sich nicht seiner Haut zu wehren weiß.“

Das ist die gewissenloseste Bürgerkriegshetze, das niederträchtigste Spiel mit dem Feuer. Heute schon steht fest, daß die Nationalsozialisten niemand aus der Partei ausschließen, weil er Waffen besitzt oder gebraucht. Heute schon steht fest, daß nationalsozialistische Provokateure mit dem Abzeichen des „Antifaschistischen Kampfbundes“ der Kommunisten mit den Waffen in der Hand von der Polizei aufgegriffen wurden.

Diese klassenverräterischen Spitzelmethoden gebraucht eine „Arbeiterpartei“, die tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen die deutsche Arbeiterbewegung verleumdet und zu Gewalttätigkeiten gegen die deutschen Arbeiter aufhetzt.

Die Blutschuld der letzten Wochen fällt auf alle die, die dieses Treiben begünstigen und zum offenen Bürgerkrieg aufreizen und ihn vorbereiten, um die Reichstagswahl zu verhindern und dem Volke die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Stimmzettel in der Hand seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Sichert das Wahlrecht!

Laßt euch von euren Klassenfeinden nicht provozieren!

Weist aber auch denen die Tür, die von der Einheitsfront reden und in Wahrheit das Spiel der Reaktion treiben. Weist die zurück, die in der Eisernen Front zusammengefaßten Organisationen tagtäglich in Wort und Schrift des Klassenverrats bezichtigen und damit der wahren Einheitsfront in den Rücken fallen.

Die deutsche Arbeiterklasse führt im Zeichen der Eisernen Front den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus im ganzen Lande.

Es gibt keine Einheitsfront außer der Eisernen Front!

Arbeiter! Männer und Frauen, Werktätige in Stadt und Land! Wer die Einheitsfront der werktätigen Masse ehrlich will, kämpft in den Reihen der Eisernen Front. Nur dort ist sein Platz.

Nur in strengster Disziplin, nur im Zeichen der drei Pfeile machen wir die Berechnung der Gegner auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse zuschanden, vernichten wir ihre Hoffnung, den Freiheitswillen des Volkes in blutigen Straßenkämpfen zu ersticken.

Vertraut auf eure Kraft! Vertraut auf eure Führung!

Es lebe die Eiserne Front!

FREIHEIT!

Berlin, den 15. Juli 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Unfälle in der Nahrungsmittelindustrie

Der für die Versicherten lesenswerte Bericht der „Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten“ für das Jahr 1931 ist technisch interessante Angaben über Unfälle und Unfallhäufigkeit in diesen Betrieben einleitend sei bemerkt, daß im Berichtsjahre bei dem Versicherungsträger 82 909 Betriebe mit durchschnittlich 521 630 beschäftigten Personen versichert waren. Im Vorjahre (1930) wurden 76 715 Betriebe mit 516 601 Versicherten gezählt. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 450 861 gegen 462 399 im Vorjahre. Es hat somit erfreulicherweise nicht nur die Zahl der Betriebe, sondern auch die der darin beschäftigten Arbeitnehmer zugenommen. Gesunken ist lediglich die Zahl der Vollarbeiter. Diese Abnahme ist jedoch nicht so beträchtlich wie bei anderen Berufsgenossenschaften.

Betriebsunfälle wurden 17 517 gemeldet, während im Vorjahre 1930 19 111 Unfälle gemeldet wurden. Erstmals entschädigt wurden von diesen gemeldeten Schadensfällen 1224 (1587). Von den erstmalig entschädigten Unfällen hatten 45 (80) einen tödlichen Ausgang, 4 (4) führten zu dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit, während 1072 (1350) nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Bei der Betrachtung dieser Zahlen muß man die erfreuliche Feststellung machen, daß vor allen Dingen die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang ganz erheblich zurückgegangen ist. Jedoch ist auch im allgemeinen die Unfallziffer heruntergegangen. Es entfielen auf je 1000 versicherte Personen:

	1930	1931
gemeldete Unfälle	38,21	33,57
entschädigte Unfälle	3,07	2,35
tödliche Unfälle	0,15	0,08

Ueber die Unfallursachen enthält der Bericht u. a. folgende Angaben: „Geht man den Unfallursachen nach, so wird man gewahr, daß hierfür in der Hauptsache vier verschiedene Vorkommnisse in Frage kommen dürften, die aber nicht immer einzeln, sondern oft zusammenwirkend gewertet werden müssen. Als Unfallursache können in erster Linie angesehen werden: Das Fehlen der Sicherheit neuer Maschinen und Apparate, mangelhafte Betriebs-einrichtungen, nicht vermeidbare Vorkommnisse und Spielerei oder Leichtsinns bei der Arbeit.“ Wir glauben ohne weiteres, daß die Genossenschaft mit diesen Feststellungen recht hat. Das Betrüblichste bei der ganzen Unfallverhütung ist, daß es nicht gelingen will, darauf zu dringen, daß neue Maschinen usw. nur dann in den Handel gebracht werden dürfen, wenn sie mit den notwendigen Sicherheitseinrichtungen versehen sind. Gerade die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft führt seit Jahren einen schweren Kampf. Ueber die Frage selbst schreibt sie in dem vorliegenden Bericht: „Die größte Unfallgefahr ist fraglos in der Nichtbeachtung der Unfallmöglichkeiten beim Bau von Maschinen und Apparaten zu sehen. Es hat den Anschein, als ob vielfach noch bis auf den heutigen Tag die technische Fortschrittung allen technischen Schritten nachhinke. Es muß deshalb erneut an den modernen Maschinenbau die Forderung gestellt werden, daß der Konstrukteur, der die Maschine in beweglichen Formen vor sich erstehen läßt, den Unfallschutz als vollwertigen Konstruktionsfaktor berücksichtigt. Das Ziel der Unfallverhütungstechnik muß dahin gehen, Maschinen und Betriebseinrichtungen so zu konstruieren, daß durch ihre praktische Verwendung Gefahren für

das Leben und die Gesundheit von Menschen nicht auftreten können. Keine Maschine — mag sie noch so leistungsfähig sein — lte als brauchbar angesehen werden, wenn sie nicht absolut sicher ist.“

Wir können diese hier auszugsweise wiedergegebenen Ausführungen nur unterstreichen. Wie bereits erwähnt, gibt sich die Berufsgenossenschaft große Mühe, dieses Ziel auch zu erreichen. So hat die Genossenschaft beispielsweise mit dem Bäckerverband deutscher Maschinen-Verband und noch zahlreichen anderen Verbänden der Maschinenindustrie ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem bestimmte Maschinen, bevor sie erstmalig die Herstellungsfabrik verlassen, dem technischen Aufstellungsdienst der Genossenschaft zur Prüfung angemeldet werden. Ueber die erfolgte Prüfung wird dann ein Zeugnis ausgestellt. Unseres Erachtens ist dies ein gangbarer und wohl überhaupt der richtigste Weg, wenigstens die sogenannten Maschinenunfälle zu vermeiden, bzw. nach und nach durch Außerbetriebnahme alter Maschinen auszumerzen.

In den im Berichtsjahre entschädigten 1224 Unfällen sind allein 310 Maschinenunfälle enthalten. So sind beispielsweise 28 Unfälle an Knetmaschinen, 10 Unfälle an Teigwalzmaschinen, 18 Unfälle an Schneidmaschinen usw. zu verzeichnen. Der Bericht enthält an einer Reihe von Konstruktionszeichnungen Hinweise und Belehrungen über vorschriftsmäßige Sicherheitseinrichtungen. An Dampfbacköfen ereigneten sich 58 Unfälle. Groß ist auch die Zahl der Unfälle (170) durch Kraftübertragungsanlagen. An Fleischwölfen, Schneckenmühlen usw. ereigneten sich 83 Unfälle. Der Bericht gibt weiter eine Reihe von Schilderungen bemerkenswerter Einzelunfälle.

Besonders interessant sind die Ausführungen über die Tätigkeit der acht technischen Aufsichtsbeamten. Es wurden 1227 Betriebsrevisionen vorgenommen. Erfast wurden dabei 102 092 versicherte Arbeitnehmer. Bei diesen Betriebskontrollen mußten nicht weniger als 20 603 Anordnungen getroffen werden, da irgendwelche Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt wurden. Dem Bericht ist eine Zusammenstellung der getroffenen Anordnungen, geordnet nach den Paragraphen der Unfallverhütungsvorschriften, beigefügt. Es kann jedoch hierauf nicht näher eingegangen werden. Die große Zahl der getroffenen Anordnungen zeigt, daß die Betriebssicherheit in fast allen Betrieben noch sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Berechtigte Klage führt die Genossenschaft über die zunehmende Beschäftigung jugendlicher Personen an gefährlichen Arbeitsmaschinen. In 111 Fällen sind derartige Verfehlungen festgestellt worden. Als besonders verwerflich muß die Bedienung der gefährlichen Teigwalzen durch Kinder (!) im Alter von 11 bis 16 Jahren bezeichnet werden. Nach den Erfahrungen der Aufsichtsbeamten ist in großen und größeren Betrieben ein besseres Verstehen und Eingehen auf die Bestrebungen der Unfallverhütung festzustellen, als in kleinen und kleinsten Betrieben. Auch wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß gerade in den Zwergbetrieben und kleineren Betrieben ein besseres Verstehen und Eingehen auf die Bestrebungen der Unfallverhütung festzustellen ist.

Wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden 63 Betriebe mit insgesamt 4275 Mk. Geldstrafe belegt. Das Strafmaß für den einzelnen Betrieb schwankt zwischen 1000 und 5 Mk. Gegen einen Arbeitgeber wurde Strafantrag gestellt, da er dem technischen Aufsichtsbeamten den Zutritt zum Betrieb verweigert hat. Der Unternehmer wurde mit einer verhältnismäßig niedrigen Strafe in Höhe von 50 Mk. belegt. Auch über das Verhalten der Versicherten wird geklagt. Zugegeben wird jedoch, daß es sich dabei um Einzelscheinungen handelt. „Allgemein kann ausgeführt werden, daß der Sinn für die Notwendigkeit des Schutzes bei den Versicherten in stetem Steigen begriffen ist“, so heißt es in dem Bericht.

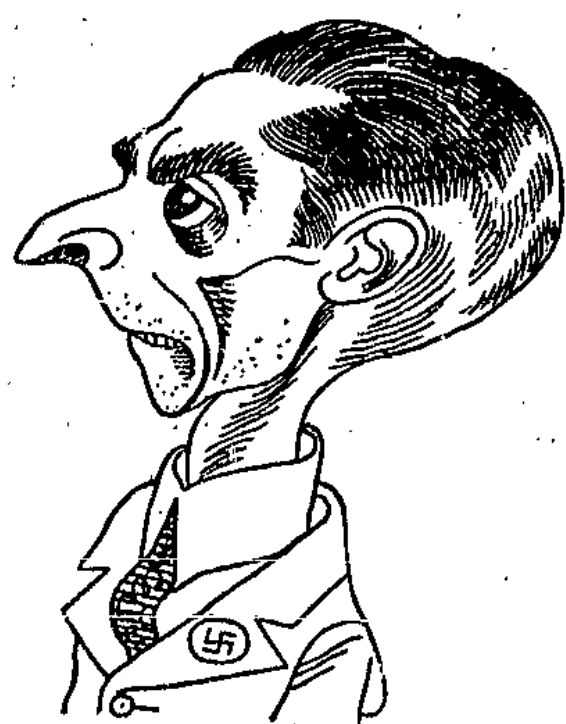
Durch die Verwendung von Brezellaug haben sich auch wieder eine Reihe Unfälle ereignet. Durch amerikanisches gebleichtes Mehl sind verschiedentlich Hautkrankheiten hervorgerufen worden. Insgesamt sind 14 gewerbliche Berufskrankheiten zur Anmeldung gelangt. Zwei von ihnen sind durch Bleivergiftung, 8 durch Kohlenoxyd, 1 durch Röntgenstrahlen und 3 durch Infektion entstanden. Zur ersten Hilfeleistung bei vorkommenden Unfällen sind im Berichtsjahre 571 versicherte Personen als Betriebshelfer (Samariter) ausgebildet worden.

Wochenschau

Schamlose Ausplünderung des Volkes. Der ehemalige Herzog von Altenburg, ein aktives Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, erhielt kurz nach der Revolution vom Thüringischen Staat eine Abfindung von 5,5 Millionen Goldmark. Obwohl er schriftlich auf weitere Abfindungsansprüche verzichtete, klagte er vor dem Reichsgericht und erhielt erneut den Betrag von 30 Mill. Mk. zugesprochen. Dieser fürstliche Blutsauger hatte seine 5,5 Mill. Mk. verbüßelt und das ausgepowerte Volk muß von neuem 30 Mill. Mk. flehen.

Die Einheit Rommiera!
WAHLT: SOZIALDEMOKRATEN!

Wir stellen vor:



Paul Joseph Goebbels

Reich verheiratet, Klumpfuß, Bürgersohn. Studierte auf Kosten einer katholischen Stiftung Germanistik und Literatur. Verkehrte in jüdischen Kreisen, die ihn förderten und unterstützten. Seine Weltanschauung war kommunistisch, bis er 1924 Mitglied der NSDAP, Reichspropagandaleiter und Reichstagsabgeordneter wurde. Er gibt sich den Anschein eines Frontsoldaten. War jedoch schon seines körperlichen Gebrechens wegen nie Soldat. Wenn Herr Goebbels für seine Schimpf- und Verleumdungssucht zur Verantwortung gezogen werden soll, wird er gewöhnlich krank. Als M. d. R. ist er nach eigener Aussage lediglich „Inhaber der Immunität und Freifahrtkarte“. Der Direktor der nationalsozialistischen Pressebetriebe, Max Amann, sagte über Goebbels: „Mephisto der Partei, ein unsympathischer Mensch mit finsterner Bolschewikimiene, ein vom Herrgott mit dem Pferdefuß Gezeichneteter, vor dem man sich in acht nehmen muß.“

Nazis fordern Ausnahmezustand! Infolge der immer mehr erstarkenden „Eisernen Front“ und der erfolgreichen Abwehr der faschistischen Mord- und Terrorakte fordert der „Völkische Beobachter“ Nr. 196 vom 14. Juli den Ausnahmezustand für das gesamte Reichsgebiet. Insbesondere wird die sofortige Dienstenthebung der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gefordert. Das ist ein glänzender Beweis dafür, daß es den Nazis um die Abrechnung am 31. Juli doch nicht ganz wohl ist. Die „Eiserne Front“ aber steht fest und kämpft weiter auf vorgeschobenem Posten gegen den Faschismus!

Kommt die Margarine-Steuer? Der Reichslandbund hat beim Reichsernährungsminister beantragt, eine Reichs-Margarine-Steuer einzuführen. Das Ministerium beabsichtigt, sich darüber mit den einzelnen Länderregierungen zu verständigen und gegebenenfalls die „Butter der kleinen Leute“ ebenfalls zu versteuern.

SPD. protestiert erneut gegen Nazimord. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Breitscheid protestierten erneut beim Reichsminister gegen die zunehmende Nazimordseuche. Allein in der Zeit vom 4. bis 10. Juli wurden 16 Tote und 134 Verletzte gezählt!

Nazi-Straßer weiter für Tolerierung der Papen-Regierung. Dem Ueberwachungsausschuß des Reichstages, dem der Pg. Straßer als Vorsitzender vorsteht, ging seitens der SPD, des Zentrums und der Staatspartei der Antrag auf Einberufung des Ueberwachungsausschusses zu. Es sollte eine Ueberprüfung der Gelbjacken- und Hungernotverordnung der Regierung Papen erfolgen. Straßer aber weigerte sich, dem Antrag stattzugeben, weil die Nazis die Regierung Papen tolerieren. Schließlich hat der Reichstagspräsident Löbe kurz entschlossen den Ueberwachungsausschuß einberufen mit folgender Tagesordnung: Abberufung des bisherigen Ausschußvorsitzenden.

Englische Solidarität für die „Eiserne Front“. Die englische „Labour Party“ hat der deutschen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften eine Kampffahne aus Anlaß ihres heldenmütigen Kampfes gegen den Faschismus überreicht. Das ist ein herrlicher, begeisternder Akt internationaler, brüderlicher Solidarität.

Nazis für den „neuen Schuldschein“. In seiner Nummer vom 10./11. Juli schrieb der „Völkische Beobachter“ zum Lausanner Verhandlungsergebnis: „Der Geist von Versailles hat gesiegt! Reichskanzler v. Papen unterschreibt in Lausanne einen neuen Schuldschein.“ Was ihn aber nicht hinderte, vorher, in seiner Nummer vom 3./4. Juli zu schreiben: „Wenn aber in der Tat die Leistung einer Restsumme in eine Kasse... bestimmt ist, wird man diese Summe, wenn sie ein Minimum darstellt, als das kleinere Uebel hinnehmen können.“ Dabei passierte ihm in dieser Nummer das kleine Malheur, von einer Restsumme von 7 Milliarden als der tatsächlichen von 3 Milliarden zu sprechen! Man sieht, auch die Nazis sind für Versailles!

Bata tödlich verunglückt. Der Arbeiterausbeuter und Blutsauger Bata, bekannt als „Schuhkönig“ der Tschechoslowakei, der in „seinem“ Betrieb keine

Gewerkschaft duldete und die furchtbarste Rationalisierung durchführte, ist durch Flugzeugabsturz tödlich verunglückt.

Millionenschieber Seiffert festgenommen. Der aus dem Zusammenbruch der Hausbesitzerbank bekannte und geflüchtete Bankdirektor Seiffert ist in Prag in einem Absteigequartier verhaftet worden. In seinem Besitz befanden sich noch 26 000 Mark.

Deutsche Presse protestiert! Der Reichsverband der Deutschen Presse hat in einer Entschliebung vom 7. Juli scharf gegen die Presseknobelungen durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 protestiert.

Fleischermeister-Verbandstag in Dortmund

In gemeinsamer Front mit Reaktionen.

Eine Tagung der Unternehmerverbände kann die Arbeiterschaft natürlich nur insoweit interessieren, als dort Fragen besprochen werden, die in ihr Schicksal eingreifen. Dies hat der 52. Fleischer-(Meister-) Verbandstag zur Genüge getan, weshalb über ihn kurz berichtet werden muß.

In Dortmund kamen rund 591 Delegierte zusammen. Die Wogen der durch Deutschland gehenden Reaktion drückten diesem Verbandstag seinen Stempel auf. Des durch die Wirtschaftskrise auch schwer heimgesuchten Fleischergewerbes nahmen sich, wie sonderbar, nur die Nazis und Deutschnationalen durch das Stellen offizieller Parteiredner an. Was wunder, wenn die Diskussionen auch lustig im national-, sozialistischen und deutschnationalen Jargon plätscherten. Insbesondere war es der neugebackene Naziabgeordnete Obermeister Schmidt-Nordstemmen, der als Vertreter der „Arbeiterpartei“ erklärte, „... daß nur die Hoffnung auf kommende Gerechtigkeit“ dem Fleischergewerbe helfen könne und „daß wir jetzt mit Macht an einer Neuorientierung der wirtschaftspolitischen Einstellung der Regierungen gegenüber dem Gewerbe arbeiten müssen“.

Eine besondere Rolle spielte die Frage der Schlachtsteuer in Preußen. Hinlänglich bekannte Dinge aus nationalsozialistischen Zeitungen mußten erneut dazu dienen, die geschichtliche Entwicklung der Schlachtsteuer in Preußen umzubiegen. Kein Wort gegen die Baronie- und Junkerregierung, die an Preußen 100 Millionen Mark Schulden nicht auszahlte, dafür dem Flick-Konzern 90 Millionen Subventionen in den Rachen warf und es Preußen überließ, seinen Etat auszugleichen. Diese geschichtliche Wahrheit anerkannte der Fleischermeister-Verbandstag in Dortmund nicht. Recht eigenartig war auch seine Einstellung zur Frage der Abwehr der Schlachtsteuer. Obwohl dem Verbandstag der Antrag auf Durchführung eines Käuferstreikes vorlag, war man redlich bemüht, ihn nach allen parlamentarischen Regeln abzuwürgen.

Wie alljährlich, so wurden auch diesmal Fragen der Sozial- und Lohnpolitik im Stile des Ewiggestrigen behandelt. Die Vierzigstundenwoche wurde abgelehnt, ohne daß an die 27 122 arbeitslosen Fleischergesellen gedacht wurde. Ehrenobermeister

Unser Kampf gilt den Feinden der Arbeiterklasse!

Am 23. Juli ist der 31. Wochenbeitrag fällig

Schmidt-Hannover besaß sogar den Mut, einen Lohnabbau von mindestens 35 Pf. pro Stunde zu fordern, um, wie er „begründete“, ein größeres Angebot von Arbeitskräften zu bekommen, damit die Arbeitslosigkeit „liquidiert“ werde. Eine weitere besondere Rolle spielten auch die Reichsverbilligungsscheine für Fleisch. Man setzte sich mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß diese Reichsfleischverbilligungsscheine nicht an den Freibänken in Zahlung genommen werden dürfen. Es solle vielmehr der darbende, arbeitslose Fleischkonsument sein Fleisch im Schlachterladen kaufen. Das ist zwar eine eigenartige Konsequenz zur Frage des Lohnabbaus um 35 Pf. pro Stunde. Aber was tuts, das ist eben Mittelständlerpolitik. Eine recht eigenartige Erscheinung des Verbandstages war, daß verschiedene Diskussionsredner erst von der Theke geholt werden mußten.

Unter den zahlreichen Ehrengästen durfte natürlich auch Otto Brednow vom Deutschen Fleischergesellenbund, der Herr Stadtverordnete, wie er unter den Ehrengästen rangierte, nicht fehlen. Leider kann darüber nichts Näheres berichtet werden, ob ihm bei den Ausführungen des Obermeisters Schmidt-Hannover, der für einen Lohnabbau von 35 Pf. pro Stunde plädierte, und bei den Ausführungen über die Vierzigstundenwoche eine kalte Gänsehaut über die Schulter lief. Auf alle Fälle aber werden ihn diese Ausführungen „kalt“ gelassen haben, denn sonst hätte er konsequenterweise schnellstens seine Koffer packen müssen.

Sonntagsbierausfahrten

Besonders zahlreich sind in diesem Jahr die Klagen, die über das in keiner Weise zu rechtfertigende Sonntagsbierausfahren geführt werden. Nach § 105 der Gewerbeordnung ist es den höheren Verwaltungsbehörden überlassen, Ausnahmen von dem generellen Verbot der Sonntagsarbeit zuzulassen. Sie haben von dieser Möglichkeit recht unterschiedlich Gebrauch gemacht, so daß innerhalb Deutschlands in dieser Hinsicht ein fast unentwirrbares Durcheinander entstanden ist. Für die Bierfahrer ist dieser Zustand nicht gerade ideal, denn sie sind die Opfer dieses Durcheinanders, weil von ihnen die Brauereien immer wieder verlangen, daß sie Sonntags Bier ausfahren.

In der Mehrzahl der Fälle liegt dazu gar kein Bedürfnis vor, weil es bei ein bißchen Organisation sehr gut möglich ist, daß der für Sonntags notwendige Bedarf an Bier in den Tagen vorher angeliefert werden kann. Eine Ausnahme machen natürlich größere im Freien stattfindende Feste, bei denen es in der Regel unmöglich ist, einen größeren Biervorrat Tage vorher zweckentsprechend einzulagern. Abgesehen von diesen Ausnahmefällen ist deshalb die Möglichkeit gegeben, das Sonntagsbierausfahren über das ganze Reich hinweg einheitlich zu regeln und zwar so klar und eindeutig, daß es ausgeschlossen ist, die Bestimmungen zu umgehen und der Bierfahrer doch noch gezwungen werden kann, Sonntags unterwegs zu sein.

In einigen Teilen des Reiches sind derartig strikte Verbote bereits erlassen. So wird uns aus Hannover berichtet, daß der dortige Regierungspräsident, das Bierausfahren an Sonn- und Festtagen nur gestattet in solchen Ausnahmefällen, die auch wir anerkennen. Er beschränkt diese Ausnahme jedoch nur auf die Monate April bis September. Arbeiter unter 18 Jahren dürfen auch bei einer Ausnahmegenehmigung nicht herangezogen werden. Auch darf die Arbeitszeit der beschäftigten Bierfahrer 5 Stunden nicht überschreiten. Ausgeschlossen ist auch, daß ein Bierfahrer zur Sonntagsarbeit an zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen herangezogen wird. Im Regierungsbezirk Stettin ist das Sonntagsbierausfahren überhaupt verboten. Nur von Fall zu Fall werden Ausnahmen gemacht. Der Regierungspräsident selbst steht auf dem Standpunkt, daß das Sonntagsbierausfahren nicht erforderlich ist und Uebertretungen der bestehenden Bestimmungen bestraft werden müssen.

Von der jetzigen Regierung dürfte allerdings eine einheitliche Regelung des Sonntagsbierausfahrens nicht erfolgen. Dieses mit Unterstützung der Nazis amtierende Adelskabinett hat für die Arbeiterschaft nichts übrig. Um so notwendiger ist es, daß in den einzelnen Bezirken gegen das Sonntagsbierausfahren gekämpft wird, und daß Auswüchse uns berichtet werden, damit wir sie in aller Öffentlichkeit anprangern können.

Nazi-Streikbrecher!

Hitler-Partei unterstützt Lohnraub.

In Lauenburg a. E. streiken seit Monaten die Böttcher und Hilfsarbeiter, um ein Lohndiktat der Unternehmer abzuwehren.

Die sogenannte Nazi-Arbeiterpartei hat sich redlich bemüht, den Unternehmern Liebesdienste zu leisten. Streikende und deren Kinder sind mit der Waffe bedroht worden. Provoziert wurde mit allen Mitteln. Nebenbei wurden alle Behörden um Schutz angebettelt. Dabei wurde es mit der Wahrheit nicht so genau genommen.

Seit einiger Zeit wird versucht, diesen Abwehrstreik zu einem politischen Streik der SPD. zu stempeln. Bei diesem unsauberen Geschäft helfen die braven Spießbürger und ihre Vereine getreulich mit. Auch die verfluchten und verdammten „Systempartei-Behörden“ sollen mithelfen.

In der Lauenburgischen Landeszeitung Nr. 159 bringt die NSBZO. und die Gaubetriebszellen-Abteilung eine „Erklärung“. Ihr Zweck soll sein, die Streikbrecherarbeit der Parteigenossen heilig zu sprechen. Weiter sollen die Gewerkschaften schuld an den Notverordnungen und an der Außenpolitik sein. Das erklärt jetzt die Nazi-Notverordnungs-Erfüllungs-Partei, die durch ihren Führer billigt, daß den Aermsten noch das letzte genommen wird. Eine Partei, die die größten Spitzbuben und Halunken schützt, wagt solche Verdächtigungen auszusprechen.



Die Freiheit? Ja

Die Freiherren? Nein

Wir wollen frei von

Freiherren sein

Die Nazis, die den Mord zum politischen Kampfmittel gemacht haben, schreiben, daß sie berechtigt seien, Streikbrecher zu stellen. Ja, es wird noch schöner. Gegen die Nazi-Streikbrecher hat die Leitung ein „Verfahren“ eingeleitet. Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Lauenburger Nazi hat beschlossen:

„Dem Antrag der Ortsgruppenleitung in Lauenburg auf Ausschluß der P.g. wegen ihres Arbeitens in den (bestreikten d. R.) Faßfabriken kann nicht stattgegeben werden.“

Weiter hat der Untersuchungsausschuß festgestellt, daß die bestreikten Betriebe zu schützen sind, also die durch die Unternehmer diktierten Lohnsenkungen bis zu 30 Proz. werden von der Nazi-„Arbeiterpartei“ gebilligt und verteidigt.

In Lauenburg wird ein erbitterter Kampf geführt von einer restlos organisierten Berufsgruppe. Die von den Streikbrechern hergestellten Fässer werden in Margarinefabriken und in der Fischindustrie abgesetzt. Arbeiter, achtet darauf, von wo die Fässer kommen! Helft in diesem Kampf überall mit!

Das Konditorhandwerk in der Krise

Ueber Entstehung der Krise, ihre Ursache und ihre Ausdehnung, haben wir in Vorträgen und durch die Presse vieles erfahren, und immer haben wir geglaubt, wir hätten den Tiefstand der Krise erreicht. Heute erkennen wir, die Krise verschärft sich immer mehr, wir können noch nicht sagen, wohin eine falsche Wirtschaftsführung und eine gegen die Arbeiterschaft betriebene Politik uns führen wird. Die Krise erfaßt auch mit ungeheurer Schärfe das Konditorhandwerk. Die Berichte der Landesarbeitsämter zeigen allen Konditoren die trostlose Lage in unserem Beruf. In den Berichten werden die Bäcker und Konditoren zusammen aufgeführt; auf je 100 offene Stellen kommen 4096 Arbeitsuchende. Eingetragene Arbeitsuchende werden über 50 000 gemeldet, davon meldet unser Verband über 7000 arbeitslos. Das sagt uns zugleich, daß über 43 000 Kollegen, Bäcker und Konditoren noch nicht den Weg zu den freien Gewerkschaften gefunden haben. Gerade diese sind es, die uns hemmen als Gewerkschaft in dem Kampf um die Erhaltung der Tarife. Die Nichtorganisierten sind zum Teil bei den Nationalsozialisten und fallen ihren noch in Arbeit stehenden Kollegen in den Rücken. Dies beweisen die Inserate um Arbeit in den Fachzeitungen.

Dort kommen Angebote „mit geringem Lohn“, mit „Lohn nach Uebereinkunft“ vor. Eine besonders gerissene Sorte bietet sich an als „kein 8-Stunden-Arbeiter“ und denket dadurch sich selbst als besonders tüchtige Menschen hinzustellen. Es gibt sogar noch heute Kollegen, denen der Lohn eine Nebensache ist. Diese Kollegen, die stolz das Hakenkreuz tragen, glauben dann noch, daß sie uns des Verrats an der Kollegenschaft beschuldigen müssen.

Die Meister halten erneut die Zeit für gekommen, die Sonntagsarbeit wieder einzuführen. Die Konditormeister, schon immer die reaktionärsten, haben die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in Essen

auf ihrer Bundestagung beschlossen und wenden sich damit an die Reichsregierung und an die Länderregierungen. Wir Konditoren fordern dem gegenüber, daß alle Bestrebungen, die Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 zu beseitigen mit allen Mitteln der Gewerkschaft zu bekämpfen sind. Wir stellen als Fachleute fest, daß in dem 13jährigen Bestehen des Sonntagsbackverbots unsere Konditoreien sich sehr gut entwickelt haben, vor allem in Beschaffung maschineller Einrichtungen. Fast jede kleine Konditorei besitzt eine Kühlanlage, die es ermöglicht, auch Sahne und Eisspeisen für den Sonntag frisch zu erhalten. Dann umfaßt die

Den Reichen das Geld, den Armen der Tod!

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann erklärt in seinem Buch „Vom Eliteheer zum Schwertadel“:

„Verdoppelung der Volkszahl, der Gesunden, ist binnen 25 Jahren unter der Voraussetzung möglich, daß der gesunde Volkskern von den kranken, belastenden Elementen befreit wird. Der Vernichtung der Ballastexistenzen stehen heutzutage keinerlei technische Schwierigkeiten, aber immer noch moralische entgegen. Es ist zwar dem Arzte gestattet, jegliche Operationen am Einzelmenschen vorzunehmen, doch wird er durch Gesetzgebung verhindert, chronische Seuchenherde im Volke zu vernichten, chirurgische Eingriffe in das Volksganze sind dringende Forderungen der Zeit. Wir dürfen die Vernichtung lebensunwerten Lebens nicht der nächsten Generation zuschieben...“

Noch deutlicher wurde der Nazi-Abgeordnete Merk im Badischen Landtag am 20. Februar 1930. Er sagte:

„Es ist nicht angebracht, für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herauszunehmen.“

Und wenn der Nazi-Redner Wagner am 4. Juli 1930 in einer Versammlung in München erklärte, daß

die Sozialgesetzgebung eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden ist, dann ist jeder hinreichend informiert, wie die arme und durch lebenslange Arbeit in ihrer Gesundheit geschädigte Bevölkerung im „Dritten Reich“ behandelt wird.

moderne Konditorei eine so große Auswahl von Gebäcksorten, die auch einen Tag nach ihrer Herstellung als frische und einwandfreie Ware verkauft werden können. Deshalb sehen gerade wir Konditoren keine Veranlassung, die Sonntagsarbeit wieder einzuführen.

Der Kampf, der jetzt geführt wird, geht um das Schicksal der Arbeiterschaft, um unsere Zukunft.

Kein Konditor stehe abseits in diesem Kampf, jeder sei ein Agitator und kämpfe mit in der Eisernen Front, damit der 31. Juli ein Erfolg für die Arbeiterschaft wird, für die Erkämpfung einer besseren Wirtschaftsordnung, die diese Krise beseitigt. P. W.

Schlachtsteuer — ein Schaden für die Volkswirtschaft

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß wir grundsätzliche Gegner der Schlachtsteuer sind. Einmal deshalb, weil jede Besteuerung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens zwangsläufig eine Verteuerung mit sich bringt, die den Verbraucher belasten, und zum anderen deshalb, weil sich eine solche Besteuerung höchst ungünstig für die Volkswirtschaft auswirkt. Sie bedeutet nicht nur Konsumdrosselung, sondern auch Produktionseinschränkung und nichts dokumentiert den volkswirtschaftlichen Unfug mehr als die Einführung von Schlachtsteuern in einer Zeit, wo die Devise „Ankurbelung der Wirtschaft“ lauten muß. Die auf Export eingestellten Fleischwarenfabriken, und es gibt ganze Landesteile in Deutschland, wo die Fleischwarenindustrie den einzigen Erwerbs- und Produktionszweig darstellt, beginnen bereits, ihre Betriebe beträchtlich einzuschränken. Dadurch, daß diese Betriebe ihre Waren außerhalb ihres Produktionsgebietes absetzen, wird die Ware außerdem noch mit der Ausgleichsteuer in jenen Ländern belegt, nach denen sie eingeführt wird. Heute bereits sind rund 28 000 Fleischergesellen arbeitslos, und es ist nicht abzusehen, um wieviel diese Zahl in nächster Zeit zunimmt. Es steht zu befürchten, daß ganze Produktionsgebiete wirtschaftlich zugrunde gehen!

Seitens des Preußischen Finanzministeriums ist nunmehr die „Vierte Durchführungsbestimmung zum Schlachtsteuergesetz“ verabschiedet worden, die wichtige Ergänzungen zu diesem Gesetz bringt. Demnach bleiben Schlachtungen steuerfrei, die aus dem Ausland eingeführt und wieder ausgeführt werden, ebenso Schlachtungen, die aus dem Zollinland stammen, aber nach dem Zollaussland gehen. Nach dem Artikel 2 kann für Fleisch in verarbeitetem Zustand, soweit es von Fleischwarenfabriken und Fleischwarenhändlern stammt, für ins Zollaussland gehende Waren im zubereiteten Zustand eine Ausfuhrvergütung treten. Von besonderem Interesse ist weiter, daß für eingeführtes ausgleichsteuerpflichtiges Fleisch der Marktzwang eingeführt wird, d. h., daß alles aus Ländern stammendes Fleisch, wo keine Schlachtsteuer besteht, den Fleischgroßmarkt zu passieren hat. Steuerpflichtig ist der Empfänger des Fleisches. Ausgenommen von diesem Fleischmarktzwang sind Postsendungen, die für eigenen Verbrauch in Haushaltungen bestimmt sind.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Betriebe, die in Ländern mit Schlachtsteuern beheimatet sind, keine Wettbewerbsmöglichkeiten mehr haben gegenüber jenen Betrieben, die nicht unter die Schlacht- und Ausgleichsteuern fallen. Mit Rücksicht auf die katastrophalen Auswirkungen

Besuch im Schnapsmuseum

Das Schnapsmuseum ist kein Witz, sondern eine sehr ernste Angelegenheit. Es verdankt seine Existenz keinem trinkfreudigen Herrn, der in seinem Arbeitszimmer oder in seiner Wohnung plötzlich die Türe eines verborgenen Schrankes öffnet und seinen Gästen eine Batterie verlockender Flaschen mit dem verschiedenartigsten, buntschillernden Inhalt zeigt. Es beherbergt auch nicht gerade die verlockendsten Alkoholika, vielmehr schlechte und minderwertige. Es ist das Museum der falschen Schnäpse, das sich dem Kampfe gegen Schwindler und gegen eine leider sehr häufige, anscheinend nicht anzuerkennende deutsche Untugend widmet.

Daß man Fälskate sammelt, ist nichts Außergewöhnliches. Mancher Briefmarkensammler ist mit viel größerer Leidenschaft hinter einer Fälschung her als hinter dem Original, und es gibt Münzliebhaber, die nur falsche Stücke sammeln, die oft mehr wert sind als die echten. Daß aber in dem Schnapsmuseum falsche Schnäpse gesammelt werden, hat seinen guten und, wenn man die Paradoxie gelten lassen will, nützlichsten Grund. Denn es gehört dem Schutzverbände der Spirituosenindustrie, und sein Vater ist der Syndikus dieses Verbandes.

Daß es ein derartiges Museum überhaupt geben kann, ist der leidigen deutschen Untugend zu verdanken, die auf alles fliegt, was ausländisch ist oder unter ausländischen Namen und Flaggen segelt. Alles andere ist eben nach der bezeichnenden und gerade darum so traurigen Redensart „nicht weit her“. Das machen sich unlautere Elemente speziell bei den Herstellern von Weinbränden und Schnäpsen zunutze und versehen ihre minderwertigen Erzeugnisse mit stolzen und blendenden Etiketten. Ist nur der Name unansprechlich, dann fragt man leider nicht viel nach dem Inhalt. Es wird schon gut sein.

„Man sollte es nicht glauben“, sagt der Herr des Schnapsmuseums, „was da alles geschwindelt wird,

besonders jetzt, wo der Absatz durch die allgemeine Krise und durch die steuerliche Belastung des Schnapses außerordentlich zurückgegangen und der Konkurrenzkampf besonders scharf geworden ist.“ Dabei holt er aus einem großen Schrank, in dem eine Unmenge Flaschen stehen und eine Unzahl Akten liegen, einige seiner „Glanzstücke“. Die unmöglichsten Namen geben diese Leute ihren Erzeugnissen. Es gibt kaum ein französisches Wort, das man da nicht findet; selbst die unsinnigsten sind vertreten. Einer nennt seinen Weinbrand „Boheme“, einer „Rouilleau & Co.“, ein anderer „Barriere“. Eine ganze Liste von „Mondscheinmarken“ bekommt man zu sehen. „Mondscheinmarken“ hat sie der Herr des Schnapsmuseums getauft, analog den Amerikanern, die den geschmuggelten Schnaps „Mondscheinschnaps“ nennen, weil diese Erzeugnisse das Licht des Tages scheuen. Von überall her schickt man ihm diese „Museumsstücke“, die irgendwo gekauft wurden. Aber sie bleiben zumeist nicht lange in diesen Schränken stehen, sondern wandern zum Staatsanwalt, zur Untersuchungsanstalt in das Institut für Gärungsgewerbe und in die Staatliche Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt.

Dreifach ist zumeist das Vergehen der Hersteller dieser Schwindelmarken. Einmal verstoßen sie durch das unwahre und irreführende Etikett in jedem Falle gegen die Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb und, da diese Marken mit den hochtrabenden Namen obendrein zumeist minderwertig sind, sehr oft auch gegen das Weingesetz oder gegen die Gesetze über die Nahrungsmittel. In allen Fällen wird Anklage erhoben, und zwar zuerst gegen den Kaufmann, der die betreffende Flasche verkauft hat. Denn nach den Gesetzen macht sich nicht nur der Hersteller strafbar, sondern jeder, der die betreffende Ware verkauft, anpreist oder feilhält. Dann versucht man, die Hintermänner des Kaufmanns und die Hersteller des Fälskates zur Rechenschaft zu ziehen. Das ist aber zumeist schon viel schwieriger, denn sie sind oft erst nach vieler

Mühe und langem Suchen festzustellen. In der Regel sind es ja keine berufsmäßigen Weinbrand- und Schnapsproduzenten, sondern dunkle Existenzen, oft selbst Vorbestrafte, die nur einmal ihren „Schnitt“ machen wollen, eine große Menge herstellen und sie dann schnell und durch viele Hände vertreiben. Daß dieser Kampf nur gegen Schwindler und nicht gegen ausländische Erzeugnisse einwandfreie Herkunft geht, braucht nicht hervorgehoben zu werden, zumal da auch die Vertreter der ausländischen Firmen diesem Schutzverband angehören und ein besonderes Interesse daran haben, daß nicht mit ihrer Flagge Schindluder getrieben wird.

Aber nicht nur Weinbrände, sondern auch Liköre werden, wenn auch nicht in diesem Umfange, gefälscht. Hier bevorzugen die Schwindler meistens holländische Namen, oft in der kuriossten Zusammenstellung, weil eine der bekanntesten Likörfirmen einen holländischen Namen hat, trotzdem sie rein deutsch ist, in Deutschland liegt und nur deutsche Liköre fabriziert. „Unser Kampf wäre nicht so schwer“, so werden wir belehrt, „würden diese unredlichen Leute nicht immer so einer deutschen Liebhaberei schmeicheln. Auch auf anderen Gebieten ist das ja leider so. Sie glauben nicht, wie sehr sich die Leute durch einen fremdländischen Namen bluffen lassen. Aber das wird man Ihnen in der Textilindustrie oder in der kosmetischen Branche genau so erzählen. Es ist eine Dummheit, für die jeder, der ihr erliegt, teuer zahlen muß.“

Der Herr des Schnapsmuseums hat nicht etwa Schnaps, weil er Sorgen hat. Er hat berechnete Sorgen, weil er so viel falschen Schnaps hat.

„Aber damit Sie sehen, daß das alte Sprichwort doch seine Berechtigung hat, und nicht meinen, ich hätte nur falsche Schnäpse im Hause...“

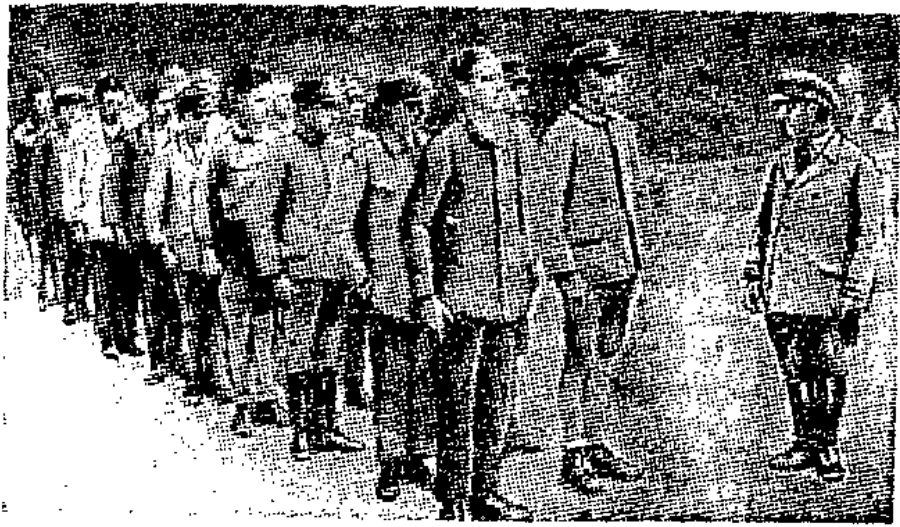
Mit diesen Worten geht er an einen anderen, viel kleineren, privaten Schrank, wohl mit Flaschen gefüllt, aber nicht mit Akten, und holt eine Flasche mit bescheidenerem Etikett heraus: „Dieser da, für den kann ich garantieren...“

der Schlachtsteuer auf die Beschäftigten verlangen wir deshalb mit allem Nachdruck, daß von der Ermächtigung des §. 14 des Schlachtsteuergesetzes in Preußen, wonach eine Gewährung von Rückvergütung eintreten kann, Gebrauch gemacht wird. Nach dem Gesetz kann diese Ermächtigung rückwirkend ab 1. Juli durchgeführt werden. Unser Verband lehnt die Schlachtsteuern nach wie vor aus grundsätzlichen Erwägungen auf das entschiedenste ab! Ebenso lehnt er es ab, die Frage der Schlachtsteuern, namentlich die in Preußen, zum Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung werden zu lassen. Nach wie vor sind wir der Meinung, wenn das Reich Preußen gegenüber seinen Verpflichtungen in Höhe von 100 Mill. Mk. nachgekommen wäre, dann gäbe es in Preußen keine Schlachtsteuer.

Die ganze Belegschaft nationalsozialistisch

Das ist das Ziel von vieler Unternehmer, größerer und kleinerer, in Stadt und Land. Zur Erreichung dieses Zieles haben sie unerhörte Summen in die Hände der sogenannten Betriebszellen geleitet. Die meisten Unternehmer und die leitenden Angestellten haben die Wühlereien dieser Nazis in den Betrieben teils offen, teils versteckt gefördert. Die denkenden, politisch erzogenen Arbeiter haben immer gewußt, warum die „Arbeiterpartei“ der Prinzen, Generale und Großindustriellen solche Unterstützung erfährt, ganz im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, deren Funktionäre verfehmt und verfolgt wurden.

Der nationalsozialistische „Illustrierte Beobachter“ Nr. 25 enthält nachstehendes Bild, das den Unter-



nehmern die Annehmlichkeiten einer Nazibelegschaft recht eindringlich vor Augen führt.

Da stehen sie, stramm angetreten, keine Arbeiter mehr, sondern Muschkoten. Der Vorarbeiter ist zum Unteroffizier geworden. Wie muß dem Scharfmacher das Herz im Leibe lachen. Und nie haben sie solche Schutzgarde gehabt wie diese freiwilligen Pinkertons aus der Firma Hitler.

Da gibt es kein Mitreden mehr in Betriebsfragen, kein Verhandeln mehr über Lohn und Arbeitszeit. Mal antreten lassen zum Befehlsempfang! Das ist die Arbeitsordnung im Dritten Reich.

Für die Nazis ist das ein glattes Geschäft. Sie kriegen das Geld von den notleidenden Unternehmern.

Von Müllern und Bäckern aus früherer Zeit

Urkundlich sind überschlägige Mühlen mit mehreren Gängen erst vom 13. Jahrhundert nachweisbar. Windmühlen kommen bereits im 9. Jahrhundert vor; sie sind eine europäische, wahrscheinlich angelsächsische Erfindung.

Das Beuteln des Mehles wurde erst am Ende des 13. Jahrhunderts gebräuchlich, wo seiner in den Augsburger Statuten um das Jahr 1276 Erwähnung geschieht.

Die Mühlsteine waren eine Handelsware und wurden solche in Oesterreich mit einem Denar pro Stück verzollt.

Spelt und Roggen wurden gegerbt, um den Kern zu erhalten. Auch berechnete man nach dem Maße, wieviel Mehl der Müller aus dem Zermahlen zur Mühle gebrachten Getreide abliefern mußte; z. B. für fünf Scheffel Weizen sieben Scheffel Mehl. In den großen Städten hatte der Rat besondere „Mühlenaufseher“ aufgestellt, welche darauf zu achten hatten, daß die Mahlgäste nicht betrogen würden, und selbst die Löhne der Mühlknechte und Mühlknappen waren gesetzlich geregelt. In den oben erwähnten „Augsburger Statuten“ vom Jahre 1276 hat der Zümmüller von keinem Mahlgast etwas zu fordern, weil ihn der Müller selber halten muß! Dagegen erhielt der „Eselstreiber“ einen Pfennig und der Knecht von jedem Scheffel Roggen, „den er schwinget“, einen Heller; wenn man ihn „gerbet, bekommt er für Gerben und Schwingen“ einen Pfennig, muß aber dann auch „auftragen lassen!“ Die Bäcker geben dem Handknecht für einen Scheffel Roggen arbeiten einen Pfennig und vom Scheffel Korn zwei Pfennige; der „Beutler“ bekommt vom Scheffel Roggen zwei Pfennige und sollte mit den Ehehalten essen oder drei Pfennige erhalten und sich beköstigen.

Ihnen bezahlt man die Notverordnungsjacken und die hohen Gehälter für die Herren vom Stab. Dafür machen sie aus den freien Arbeitern Sklaven, die über ihre Not nicht nachdenken, nicht davon reden dürfen, die strammstehen müssen mit leerem Magen. Aber die Arbeiter!

Hängt dieses Bild zur Aufklärung in alle Betriebe. Zeigt es den Gedankenlosen. Nennt ihnen das wahre Ziel der Nazizelle: sie wollen aus den Fabriken Gefängnisse machen!

Soll es so kommen? Nein, nein! Keine Arbeiterstimme für die Partei der Sklaventreiber! sondern alle Arbeiterstimmen der Liste 1 SPD.

Das Nazi-System

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen auch die Organisation der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr Unternehmer und Großkapitalisten uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geiste der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden!“ (Aus der Nazi-Monatschrift „Der Meister“.)

„Die grundsätzlichen Anordnungen werden auf dem Gesetzeswege vom Staat erlassen, die Einzelheiten über Urlaub, Lohn usw. werden hier festgesetzt. Grundsatz: Keine Tarifverträge wie heute, sondern Existenzminimum. Aussperrung und Streik werden nicht geduldet. Die Arbeitslosenversicherung wird nicht auf dem Wege der heutigen Gesetzgebung ausgeführt. Die Einsparungen hierfür erfolgen auf ein persönliches Konto. Dies steht dem einzelnen zur Verfügung bei Krankheit, bei Niederkunft der Frau, bei Ansiedlung.“ (Reichsführerschule der Nazi Nr. 969/31.)

„Die Frage: „Tarifverträge im Dritten Reich“ dürfte also insofern beantwortet sein, als wir die Tarifverträge als schädliches Produkt einer nicht im Interesse der Volksgesamtheit liegenden Zwiespältigkeit grundsätzlich ablehnen... Für Löhne und Gehälter wird nur ein einziger Tarif festgesetzt, der das Existenzminimum bezeichnet. Dieses Existenzminimum ist so niedrig festzusetzen, daß hierüber ein möglichst großer Raum für die Entwicklung des Leistungslohnes zur Verfügung steht.“ (Düsseldorfer Naziblatt „Die Volksparole“, 22. 5. 1931.)

Die Krankenversicherung ein Fluch?

Die Nationalsozialisten versprechen allen Bevölkerungskreisen, was diese gern hören. Bei diesen „Versprechungen“ kommen oft allerlei Widersprüche zur Kenntnis derer, für die sie nicht bestimmt sind. Ein Beispiel für viele:

Dr. Bäumer, ein Führer des Nationalsozialistischen deutschen Aerztebundes, schreibt in seiner Schrift:

Kein Handknecht oder Zumüller durfte sich ein Schwein halten oder mästen, aber dem „Eselstreiber“ war ein Jahr lang zu mästen erlaubt.

Im zehnten Jahrhundert hatten die Bäcker von Würzburg die Erlaubnis, Schweine zu halten und zu schlachten, und zwar nur für den Einzelverkauf, nur mußten sie das Fleisch einen Heller billiger pro Pfund geben als die Metzger, und durften mit dem Speck nicht außer Landes handeln. Eine Verordnung darüber, in welcher sie „Beckenmetzler“ genannt werden, stellt ihre Gerechtsame und Befugnisse fest. Nach derselben mußten sie Schinken, Bauchfleisch, Seiten, Ohrbacken, Ohren, Rüssel, Schenkel, Rücken und Füße um zwei Pfennig das Pfund geben und durften nichts einsalzen. Das „schweinerne Brotfleisch“ durften sie um drei Heller verkaufen.

Welch hindernde Zwangsmaßregeln von seiten der Behörden und der Zünfte den Bäckermeistern in früheren Zeiten auferlegt wurden, kann man aus noch vorhandenen Urkunden ersehen. So durften z. B. die Bäcker in Ingolstadt bis zum Jahre 1785 ihr Gewerbe nur an gewissen Tagen und nie bei Nacht ausüben. Die Zeit des „Anbrennens“ und „Auslöschens“ war genau vorgeschrieben; ferner konnten sie nicht backen, was und wie ihnen zweckdienlich schien, sondern sie waren an die Verbackung einer bestimmten Menge Mehl und an die Bereitung bestimmter Brotgattungen gebunden. Verstieg sich ein Bäcker einmal dazu, eine andere Brotsorte herzustellen, als erlaubt war, wurde er bestraft! Dergleichen, wenn ein „Brotbeschauer“ eine vorgeschriebene Brotsorte nicht vorfand.

„Die Krankenversicherung ein Fluch, umgestaltet ein Segen für das Volk“ folgendes:

„Wenn die Krankenkassenmitglieder, weil sie keine Lust zur Arbeit haben — und das trifft auf die allermeisten zu —, sich einen Krankenschein und damit Krankengeld verschaffen wollen, so klagen sie über irgendwelche Beschwerden, die sie in Wirklichkeit gar nicht haben. Auf diese Art werden unzählige Millionen zwecklos herausgeworfen. Unzählige Millionen sauer verdienten Geldes liegen auf dem Wege im Straßenschmutz. Die Krankenversicherung ist ein Denkmal für die dahingeschwundene Ehrenhaftigkeit eines früher arbeitsamen prächtigen Volkes. Die Krankenkassenmitglieder sind derartig demoralisiert, daß der Lebejüngling, der zum dritten Male einen Tripper hat, so ungefähr davon spricht, wie früher ein anständiger Kerl vom Eisernen Kreuz.“

Arbeiter! Angestellte! So werdet ihr von der NSDAP, eingeschätzt. So denken deren Führer über euch. Sie wollen nicht wissen, daß heute Kranksein für Tausende Entlassung bedeutet. — Am 31. Juli gebt die Antwort:

Wählt Liste 1 SPD!

Woher kommt das Geld für die neue Uniform?

Antwort verlangen die ausgebeuteten Arbeiter.

Die Bürgerkriegsarmee der Nazis ist nach ausländischem Vorbild neu eingekleidet worden. Man schätzt die Kosten der gesamten Ausrüstung je Mann auf mindestens 150 Mk. Bei der Annahme, daß die SA.-Armee 100 000 Mann stark sei, hätten für die neue Uniform etwa 15 Millionen Mark aufgewandt werden müssen. Die Nazis geben an, daß die SA- und SS-Formationen insgesamt 400 000 Mann stark seien. Stimmt das, so würde deren Einkleidung den riesenhaften Betrag von 60 Millionen Mark erfordern.

Wie dem auch sei, riesige Millionenbeträge werden flüssig gemacht in einer Zeit, wo das arbeitende Volk Deutschlands eine reine Hungerkur durchmachen muß. — Daneben ist die Frage berechtigt: Von wem stammt das Geld für diese Uniform? Es ist anzunehmen, daß das Großkapital und die Großgrundbesitzer dafür riesige Beträge aufgebracht haben. Ob die Summe vollständig aufgebracht wurde, steht dahin. Verdächtig ist aber, daß die Nazis den größten Eifer für die Schaffung der Arbeitsdienstpflicht an den Tag legen. Hier hoffen sie ihre SA-Männer als Antreiber und Vorgesetzte unterbringen zu können. Gelänge dieser Schachzug, oder würden sie es erreichen, daß sie alleinige Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes sind, so würde die Allgemeinheit das Geld für die neuen Uniformen aufbringen müssen. Diese Spekulation gründlich zu vereiteln, ist Aufgabe jedes Gegners der Bürgerkriegsarmee.

Wer das „Herrengebäck“ in das „Brothaus“ zu liefern hat: darüber entschied das Los, welches ein ganzes Jahr unabänderlich bindende Kraft hatte. In jedem Jahre wurden zwei Bäcker ausgelost, welche während der Fasten „Breznen“ backen durften, und war der jeweilige „Breznenbäcker“ verpflichtet, dem Bürgermeister bis zum letzten Bediensteten des Rathauses mit Brezen zu beschenken!

Im Jahre 1768 traten die Bäcker in einen „Backstreik“, sie beschlossen, bis auf weiteres keinen schwarzen Laib Brot und keine schwarzen Wecken zu backen.

Im Jahre 1795 teilten sich die 25 Zunftgenossen in drei Klassen, so daß von 24 Bäckern täglich acht das gewöhnliche Backen, der 25. jedoch für das ganze Jahr die Herstellung des Eierbrotes übernehmen mußte.

Wer als Bäcker sein „Meisterstück“ machen und als öffentlicher „Zunftmeister“ anerkannt sein wollte, mußte am Mittwoch vor den hierzu anberaumten „Handwerkertag“ die sogenannten „Drei Kerzenmeister“ zum Biere laden. Diese hatten so lange auszuharren, bis fertiges Brot auf dem Tisch gelegt werden konnte! Der „Prüfungskandidat“ mußte sie mit Wein bewirten. Tags darauf wurde von der Kommission, die aus den drei Kerzenmeistern und zwei „Satzbäckern“ bestand, die eigentliche Brotschau vorgenommen. Der Akt schloß, wie zur damaligen Zeit üblich, mit einem üppigen Mahle und beim Weggehen erhielt jeder Beschauer noch einen Gulden in die Hand gedrückt! Später, als das Handwerk von Tag zu Tag schlechter ging, beschloß man, von diesen „Meisterstücks-Mahlzeiten“ abzusehen und der junge Meister mußte statt einen Gulden von nun ab zwei Gulden an die „Kommission“ zahlen. G. Fr.

Frauenrecht

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen Übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag d. Sp. Pr. Prag

28. Fortsetzung

„Autohören“, fuhr er fort, indem er vergaß, wovon er vor einer Weile gesprochen hatte, „heißen Gefäße, die Getränke und Speisen in ihrer ursprünglichen Wärme erhalten. Was halten Sie davon, Herr Kollege, welches Spiel ist gerechter: Färb- oder Einundzwanzig?“

„Wirklich, ich hab dich schon irgendwo gesehn!“ rief er, indem er versuchte, Schwejk zu umarmen und mit den Lippen voller Speichel zu küssen. „Wir sind zusammen in die Schule gegangen.“

„Du guter Kerl, du“, sagte er sanft, während er seinen eigenen Fuß streichelte. „wie du gewachsen bist, seit ich dich nicht gesehn hab. Die Freude, daß ich dich seh, wiegt alle Leiden auf.“

Er geriet in Dichterrausche und hub an von der Rückkehr zum Sonnenglanz glücklicher Gesichter und heißer Herzen zu sprechen.

Dann kniete er nieder und begann zu beten: „Gegrüßt seist du Maria“, wobei er aus vollem Halse lachte.

Als sie vor seiner Wohnung hielten, war es sehr schwer, ihn aus der Droschke zu bekommen.

„Wir sind noch nicht an Ort und Stelle!“ schrie er, „helft mir! Man entführt mich! Ich will weiterfahren!“ Er wurde im wahren Sinne des Wortes aus der Droschke gezogen wie eine gekochte Schnecke aus dem Gehäuse.

Einen Augenblick lang schien es, als würde er in Stücke gerissen werden, weil er sich mit den Füßen hinter dem Sitz verdingte.

Er lachte aber laut, weil er sie angeschmiert hatte: „Ihr überreißt mich, meine Herren.“

Dann wurde er durch den Hausflur über die Treppe zu seiner Wohnung geschleppt und in der Wohnung wie ein Sack Korn aufs Kanapee geworfen. Er erklärte, daß er das Automobil nicht zahlen werde, weil er es nicht bestellt habe und es darüber über eine Viertelstunde, bevor man ihm erklärte, daß es eine Droschke war.

Auch dann gab er nicht seine Zustimmung und wandte ein, daß er nur im Fieber laufe.

„Ihr wollt mich anschiern“, erklärte der Feldkurat, indem er Schwejk und dem Droschkenkutscher bedeutungsvoll zuzwinkerte, „wir sind zu Fuß gegangen.“

Und plötzlich, in einer Arzwanlung von Großmut, warf er dem Droschkenkutscher seine Börse zu: „Nimm dir alles, ich kann bezahlen. Mir kommt's nicht auf einen Kreuzer an.“

Er hätte besser sagen sollen, daß es ihm auf 36 Kreuzer nicht ankomme, denn mehr war in der Börse nicht. Zum Glück unterzog ihn der Droschkenkutscher einer gründlichen Untersuchung, wobei er von Watschen sprach.

„Also hau mir eine herunter“, sagte der Feldkurat, „glaubst du, daß ich sie nicht aushalten möchte? Fünf halt ich von dir aus.“

In der Weste des Feldkuraten fand der Droschkenkutscher ein Fünfkronenstück. Er ging, sein Schicksal und den Feldkuraten verfluchend, weil er ihn aufgehalten und ihm das Geschäft verderben hatte.

Der Feldkurat schlief nur langsam ein, weil er ununterbrochen irgendwelche Pläne schmiedete. Er wollte alles mögliche unternehmen, Klavierspielen, Tanzstunden besuchen und Fische backen.

Dann versprach er Schwejk seine Schwester, die er nicht hatte. Auch wünschte er sich, man solle ihn ins Bett tragen und zu guter Letzt schlief er ein, indem er erklärte, er fordere, daß man ihn als einen Menschen erkenne, der den gleichen Wert besitzt wie ein Schwein.



3.

Als Schwejk am Morgen zum Feldkuraten ins Zimmer trat, fand er ihn auf dem Diwan liegend und angestrengt darüber nachdenkend, wie es geschehen war, daß ihm jemand auf so sonderbare Art begossen hat, daß er mit der Nase an das lederne Kanapee angeklebt war. „Melde gehorsamst, Herr Feldkurat“, sagte Schwejk, „daß Sie sich in der Nacht —“

Einige Worte klärten ihm auf, die er entsetzlich er sich irrte, wenn er glaubte, daß er besonnen sei. Der Feldkurat, der einen ungewöhnlich schweren Kopf hatte, war in bedrückter Stimmung.

Nazis schänden Frauenehre!

Was sich am 22. Juni im Preußischen Landtag zugetragen hat und mit welcher Unmenschlichkeit die Frau und Mutter von den Nazis beschimpft und geschändet wurde, verdient der breitesten Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Sprach da ein Sozialdemokrat — und es ist übrigens immer so, wenn Sozialdemokraten sprechen — wird ihm der Zwischenruf gemacht: „Gleich kommen wir rüber, ihr Landesverräter!“ Darauf springt eine sozialdemokratische Abgeordnete empört auf und ruft den Burschen voller Entrüstung zu: „Wir haben unsere Söhne hingegeben, sie sind auf dem Schlachtfeld gestorben!“ Jeder andere Mensch würde den Schrei eines gequälten Mutterherzens voll tiefer, seelischer Erschütterung und reuevoll mit starker Anteilnahme die Hand drücken. Doch die Nazis, die selbst nicht eine Frau als Abgeordnete in ihren Reihen zählen, weiden sich vor Wollust ob eines so tief aus dem Herzen einer Frau und Mutter kommenden Verzweiflungsschreies! Dafür aber wird der Abgeordneten zugerufen: „Ihr dummen Ziegen, dafür wurden sie euch ja gemacht!“ Das sind die Nazis! Eine Mutter, die ihren Sohn auf dem Schlachtfeld opferte, die ihn unter dem Herzen trug, muß dazu die gemeinsten Beleidigungen hinnehmen. Die nazistische Verwahrlosung und moralische Ver lumpung feiert Orgien! Das ist die Sprache des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges, aber auch ein Bekenntnis der herrschenden Klasse, daß ein Arbeiterkind erst dann seine Sendung erfüllt, wenn es von Granaten zerrissen auf dem „Felde der Ehre“ liegt!

Frauen, Mütter, denkt daran, wenn ihr dazu aufgerufen werdet, bei den Wahlen euer kommendes Geschick zu gestalten, wie skrupellos eure Ehre durch die Nazis geschändet worden ist. Euer Stolz, eure ganze Mutterliebe und eure Empörung müssen dazu beitragen, daß sich derartige Fälle nicht wiederholen dürfen. Sorgt überall für weiteste Verbreitung dieses schändlichen Vorfalles im Preußischen Landtag und ihr werdet diese „Arbeiterpartei entlarven helfen. Wenn die braune Mordpest, die S.A., in ihrer englischen Notverordnungsuniform marschiert, dann denkt an die euch angehängte Schmach!

Frauen schreiben uns:

Frauen und die Reichstagswahl

„Ich wähle nicht, es wird ja doch nicht anders! Wir werden doch nicht gefragt, man nimmt uns Kleinen ja alles, aber an die Großen traut man sich nicht. Schlechter kann es nicht mehr werden! Wir haben nichts zu verlieren!“

Solche Worte hört man oft in der gegenwärtigen Zeit. Mit diesen Worten ist aber dem Elend nicht abgeholfen. Hier heißt es zupacken und helfen. Das kann man aber nicht, wenn man sich abseits stellt und kein Interesse am öffentlichen Leben, besonders bei den Wahlen, zeigt.

„Ich kann mich nicht erinnern“, sagte er, „wie ich aus dem Bett aufs Kanapee gekommen bin.“

„Dort waren Sie überhaupt nicht; gleich wie wir gekommen sind, gab ich Sie aufs Kanapee gelegt, weiter ist es nicht mehr gegangen.“

„Und was hab ich aufgeführt? Hab ich überhaupt was aufgeführt? War ich nicht vielleicht betrunken?“

„Nicht zum sagen!“ entgegnete Schwejk, „vollkommen, Herr Feldkurat, ein kleines Delirium ist auf Sie gekommen. Ich glaube, es wird Ihnen helfen, wenn Sie sich überziehen und abwaschen wern.“

„Mir ist, wie wenn mich jemand verprügelt hätt“, klagte der Feldkurat, „und dann hab ich Durst. Hab ich mich nicht gestern gerauft?“

„Es war nicht grad so arg, Herr Feldkurat. Der Durst ist die Folge von dem gestrigen Durst. Draus kommt man nicht so bald heraus. Ich hab einen Tischler gekannt, der hat sich zum erstenmal am Silvester im Jahre 1910 besoffen und am ersten Jänner früh hat er solchen Durst gehabt und es war ihm so schlecht, daß er sich einen Hering gekauft hat und von neuem getrunken hat, und so macht er's täglich schon über vier Jahre und niemand kann ihm helfen, weil er sich immer schon Samstag Heringe auf die ganze Woche kauft. Es ist halt so ein Ringelspiel, wie ein alter Feldweibel beim 91. Regiment gesagt hat.“

Fortsetzung folgt.

Wir Arbeiterfrauen haben alle unter der wirtschaftlichen Notlage zu leiden. Arbeiterfrauen als Konsumenten verspüren beim Einkauf der Bedarfsartikel wenig vom Preisabbau, wohl aber verspüren wir den Lohnabbau ganz gewaltig. Hohe Steuern und die verschiedenen Abgaben an die Gemeinden drücken das Lebensniveau der noch in Arbeit stehenden ziemlich nieder. Dazu kommt noch die Massenarbeitslosigkeit. Frauen müssen mit den niedrigen Unterstützungssätzen für ihre Familien sorgen. Die Kranken- und Invalidenversicherung sind durch die Notverordnung stark mit ihren Leistungen zurückgegangen.

Und doch schreien noch gewisse Leute der NSDAP., wenn sie an Ruder kommen, werde mit diesem Wohlfahrtsstaat ein Ende gemacht. Wäre die Sache nicht so ernst, müßte man lachen.

Kolleginnen! Wir haben ein Recht zum Leben! Aber dies Leben wollen wir gestalten, wie es für Menschen würdig ist. Persönliche Freiheit gibt es im Dritten Reich nicht für uns.

Wir wollen unsere Kinder, die wir unter Schmerzen geboren, nicht mehr dem Moloch Krieg opfern, und dieser wäre unvermeidlich, wenn Hitler ans Ruder käme.

Kolleginnen! Wir Frauen sind Trägerinnen neuer Kultur, neuen Lebens! Der Jugend, der kommenden Generation sind wir es schuldig, in diesem gigantischen Freiheitskampf uns einzureihen und, gleich unseren Arbeitsbrüdern, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Kolleginnen! Bedenkt die maßlosen Beschimpfungen, die die Nazis sich uns Arbeiterfrauen und -mütter gegenüber erlauben? Können wir uns das länger gefallen lassen? Schauen wir doch ihre Vorschlagslisten an: Wo sind die weiblichen Kandidaten? Aber als Stimmvieh wären wir gut genug!

Unsere Antwort geben wir am 31. Juli 1932. Wir wählen Liste 1 (SPD.), denn wir wollen ein Parlament, eine Regierung, die die Not und Sorgen der Arbeiterschaft kennt und dafür Verständnis hat!

M. H.

Wir verteidigen unser Recht

Am 31. Juli wird der Reichstag gewählt. Ich bin überzeugt davon, daß alle Kolleginnen ihre Stimme für die Liste 1 (SPD.) abgeben werden; denn diese Partei kämpft mit den freien Gewerkschaften um die Lebensrechte der Arbeiterschaft. Sie ist die Partei, die uns Frauen das Wahlrecht erkämpfte, das sie heute verteidigen muß gegen die Nationalsozialisten. Viele Frauen wissen dies nicht. Ich meine, daß es nicht schwer sein kann, diese aufzuklären; denn es ist unter der Würde einer Frau, daß sie einer Partei ihre Stimme gibt, die uns Frauen das Wahlrecht rauben will. Wir wollen uns nicht mehr in die alte Abhängigkeit zurückwerfen lassen.

M. G.

Sind wir dumme Ziegen?

Für mich als Frau und Mutter, die zwei Söhne während des Krieges verloren hat, ist es unfassbar, daß es Menschen gibt, die die uns allen heilige Mutterschaft so beschimpfen, wie es die Nazi-Abgeordneten im Preußischen Landtag getan haben. Wir, die wir unsere Söhne hergaben, sollen dumme Ziegen sein, denen die Kinder nur gemacht wurden, damit sie auf dem Schlachtfeld verbluten? Nie ist schändlicher die Frauenehre angetastet worden, als durch diese Leute, die vorgeben, Deutschland sittlich zu erneuern. Ich hoffe, daß jede Mutter einsichtig genug ist und ihre Stimme am 31. Juli nicht den Nazis gibt.

A. R.

Auch noch Salzsteuer?

Ich habe in meinem Bekanntenkreise öfters Gelegenheit gehabt zu hören, daß viele Frauen den Nazis die Stimme gegeben haben, weil sie daran glaubten, daß, wenn erst einmal eine andere Regierung am Ruder ist, sich die Verhältnisse ändern werden. Besonderen Eindruck hat es immer gemacht, daß die Nazis versprochen haben, es wird keine neuen Steuern mehr geben, die alten werden ermäßigt werden, Notverordnungen gibt es überhaupt nicht mehr. Heute sind diese Frauen tief empört über die Einführung der Salzsteuer. Sie erkennen auch den Zusammenhang. Sie sind nicht so dumm, um nicht zu durchschauen, daß zwischen Hitler und der neuen Regierung Abmachungen bestehen. Eins steht jedenfalls fest, daß sie ihre Stimme nicht mehr den Nazis geben. Ich werde sie zu bestimmen wissen, daß sie die Liste 1 (SPD.) wählen.

G. S.

Frauen, Mütter, WÄHLT S.P.D. LISTE 1.